

INFORMATIONSRUNDBRIEF DES SOZIALISTISCHEN BÜROS

Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Telefon 0611/832593
Ausgabe 5 – 25. Mai 1974

ZUR NÄCHSTEN TAGUNG ARBEITSGRUPPE SOZIALISTISCHES BÜRO AM WOCHENENDE 29./30.6.1974

Der Arbeitsausschuß geht davon aus, daß die nächsten Schritte in der Entwicklung des Sozialistischen Büros sein sollten:

1. Die politische Diskussion und theoretische Klärung der eigenen Position soweit voranzutreiben, daß ein höherer Grad von Verbindlichkeit der politischen Praxis möglich wird.
2. Die eigene organisatorische Struktur so zu festigen, daß größere Handlungsfähigkeit und stärkeres Eingreifen in die sich entwickelnden Klassenauseinandersetzungen möglich wird.

Beide Schritte müssen aufeinander bezogen sein.

Ein völlig neuer Entwurf der Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro wird zur Zeit vom Arbeitsausschuß vorbereitet. Dieser Entwurf soll bei der übernächsten Arbeitsgruppentagung im Herbst 1974 vorliegen.

Bei der nächsten Tagung der Arbeitsgruppe am 29./30. Juni 1974 im Raum Frankfurt wird das Konzept dieses neuen Entwurfs und dessen Begründung vorgestellt werden. Um die Diskussion über den neuen Entwurf bereits frühzeitig zu verbreitern sollen dann erste Überlegungen zu dem Teil des Entwurfs referiert und erörtert werden, der die politischen Handlungsperspektiven des Sozialistischen Büros und deren organisatorische Konsequenzen behandelt.

Die Diskussion hierüber muß den gegenwärtigen Stand vor allem auch der lokalen und regionalen Ansätze des Sozialistischen Büros einbeziehen. Deshalb sollen auf der Arbeitsgruppentagung regionale Arbeitskreise gebildet werden. Zur Strukturierung der Diskussion sollten sich die lokalen und regionalen Gruppen bzw. Arbeitsansätze auf folgende Fragen vorbereiten: * Welche Gruppen existieren – auf welche Arbeitsfelder bezogen? * In welcher Form gibt es lokal/regional Kooperation quer zu den Arbeitsfeldern? * Gibt es kontinuierliche theoretische Arbeit – auf welche Themen bezogen? * Gibt es öffentliche Argumentation des SB lokal/regional (Veranstaltungen; Publikationen; Materialverteilung etc.)? * Gibt es Einflußnahmen (auch nicht öffentliche) auf andere Organisationen oder Institutionen – mit welcher Zielrichtung? * Gibt es Kampagnen – zu welchen Themen – in Zusammenarbeit mit wem? * Gibt es "links"- oder "express"-Leserversammlungen? Was ist dort bislang diskutiert worden? * Welche Vorstellungen bestehen bezüglich einer Diskussion über die theoretische Bandbreite des Sozialistischen Büros?

Außerdem sollte die Arbeitsgruppe die vom Arbeitsausschuß zur aktuellen politischen Lage herausgegebenen Stellungnahmen aufgreifen, ihre Position hierzu diskutieren und gegebenenfalls präzisieren, um so zum Klärungsprozeß im eigenen Bereich und bei den am SB interessierten Gruppen beizutragen.

Schließlich wäre zu vereinbaren, in welcher Form die regionale und örtliche Diskussion sowie die Diskussion in den Arbeitsfeldern, insbesondere zum Neuentwurf der Thesen, geführt werden kann.

Zur organisatorischen Vorbereitung der Tagung der Arbeitsgruppe brauchen wir einen Überblick über die Teilnehmerzahl. Diesem Informationsrundbrief ist – für die Mitglieder der Arbeitsgruppe – ein Anmeldezettel für die Teilnahme beigelegt. Wir bitten um Anmeldung bis zum 10. Juni 1974. Alle angemeldeten Genossinnen und Genossen erhalten rechtzeitig die endgültige Einladung.

Sozialistisches Büro – Arbeitsausschuß

ERKLÄRUNG DES ARBEITSAUSSCHUSSES ZUR POLITISCHEN LAGE NACH DEM STURZ VON BRANDT

I.

Der Sturz von Brandt und die Regierungsübernahme durch Schmidt sind ein Versuch, den Krisenerscheinungen des westdeutschen Kapitalismus politisch gerecht zu werden. Der darin sich ausdrückende weitere Ruck nach rechts in der SPD sowie Schmidts Regierungserklärung, die nur als Grabgesang auf alle Reformträume von einer "Humanisierung der Gesellschaft" und einer "Verbesserung der Lebensqualität" gewertet werden kann, zeigen an, daß die Politik des "sozialen Ausgleichs", bei der die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht in Frage gestellt wurden, an der Verschärfung der Klassenwidersprüche in Westdeutschland gescheitert ist. Mit der personellen Ablösung Brandts macht sich die Notwendigkeit geltend, auch das Selbstverständnis der SPD-Regierungspolitik der Tatsache anzupassen, daß die materielle Voraussetzung für die immer noch verbreiteten Sozialstaats- und Reformillusionen, nämlich die lang anhaltende Prosperität der 50er Jahre und der ersten Hälfte der 60er Jahre, der Vergangenheit angehören. Nicht Brandts Versagen, sondern die Tatsache, daß die Hoffnungen und Versprechungen der Regierungserklärungen von 1969 und 1972 nicht zu den ökonomischen und politischen Realitäten der kapitalistischen BRD passen, ist somit die wirkliche Ursache der Demission. Die Affäre Guillaume kann folglich nur als abschließender und geschickt ausgespielter Akt verstanden werden, um Brandt in einem günstigen Augenblick aus dem Verkehr zu ziehen.

Die Sozialdemokratie als Regierungspartei hatte bereits die Spuren des Reformismus im traditionellen Sinne der sozialistischen Arbeiterbewegung liquidiert, nun wirft sie selbst die Parolen über Bord, mit denen sie ihre Reformversprechen zu verkaufen trachtete und die ihr bislang die Gefolgschaft der größten Teile der Arbeiterklasse sicherten. Mit der Regierungserklärung von Schmidt hat die SPD zentrale Punkte ihres Godesberger Selbstverständnisses aufgegeben.

- Statt "sozialen Ausgleich" propagiert sie nun die offene Anpassung von Gesellschaft und staatlicher Politik an die Verwertungsbedingungen des Kapitals.
- Statt der "Chancengleichheit" im Bildungswesen propagiert sie offen einen Reformstopp und die Studienförderung auf Darlehensbasis – ein Schritt, der sich nicht zuletzt für studierwillige Arbeiterkinder als weitere Studienbarriere erweisen wird. Damit folgt sie Forderungen, die bislang nur von den reaktionärsten Vertretern des Kapitals propagiert worden sind.
- Statt der Trennung der Berufsausbildung von einzelnen Unternehmerinteressen propagiert sie nun die Lehrlingsausbildung im Betrieb, welche alle Interessen der Unternehmer absichert. Damit gibt sie der unternehmerischen Erpressung, das Lehrstellenangebot zu reduzieren, nach.
- Schließlich wirft sie sang- und klanglos eines ihrer Lieblingsprojekte, nämlich die "Vermögensbildung" über Bord; das unter kapitalistischen Verhältnissen "wirtschaftlich Machbare" (Helmut Schmidt) fordert seinen Tribut.

Stattdessen versucht die SPD, den kommenden Lohnkämpfen mit einer faden-scheinigen "Steuerreform" die Spitze abzubrechen. So wird ganz im Sinne der

bereits 1973 von der CDU/CSU vorgeschlagenen Steuerentlastung zum Zwecke der Begrenzung der Lohnerhöhungen und zur Erhaltung oder gar Vergrößerung der Profitrate des Kapitals eine Steuersenkung bei mittleren und kleinen Einkommen von etwa 4 % der Löhne und Gehälter vorgesehen. Es ist sicher, daß es sich hierbei nicht nur um das Zuckerbrötchen zur Versüßung der enttäuschten Reformervwartungen handelt, – vielmehr wird seitens der SPD erwartet, daß entsprechend dieser Steuerentlastung auch die kommenden Lohnabschlüsse niedriger sein werden.

So schlägt die Orientierung am "wirtschaftlich Machbaren" in der Regierungserklärung überall durch. Die Reformträume vieler SPD-Mitglieder und -wähler, die die Brandt-Regierung noch hegte und pflegte, sind an den Krisenerscheinungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt und daher auch in der westdeutschen Wirtschaft gescheitert. Konsequenter geht die SPD den Weg der Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse weiter. Nicht umsonst sieht die großbürgerliche Presse nun "die Wirtschaft am Zuge" (FAZ) bzw. einen "schärferen Wind in Bonn" (Die Welt). Nicht umsonst hat die Börse freundlich auf den Brandt-Sturz reagiert.

Und nicht umsonst ist nach Schmidts Regierungserklärung der Wechselkurs der DM angestiegen. Schmidts Parole vom "wirtschaftlich Machbaren" hat den Nebeldunst der Reden von der "Lebensqualität" und der "Humanisierung" verschleudert und deutlich gemacht, daß die eigentliche Regierungserklärung in der Stellungnahme des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) vom 16. Mai 1974 zu sehen ist. Darin heißt es im Klartext,

- daß die Lohnbewegung gestoppt werden müsse, um nicht die Exportmärkte für westdeutsche Waren zu gefährden oder anders ausgedrückt: die ungeheuren Exportüberschüsse, auch wenn sie inflationär wirken, aufrecht zu erhalten,
- daß die Mitbestimmung auf ein "marktwirtschaftliches" Modell reduziert werden müsse; jede paritätische Regelung gefährde die Unternehmerinteressen und führe zu Kapitalflucht in unternehmerfreundlichere Länder.

Für den BDI ist selbstverständlich, daß Arbeitslosigkeit und Arbeitsintensivierung in den kommenden Monaten zunehmen werden.

II.

Unfähig, der demagogischen Offensive der Rechten etwas entgegenzusetzen, unfähig auch, ihre Massenbasis, von der sie gewählt worden ist, zu halten, versucht die SPD die Flucht nach vorn und den Rückzug nach hinten zugleich: Schmidt will und soll eine bessere Politik für das Kapital machen als sie die CDU/CSU an der Regierung machen würde. Wenn es Schmidt gelänge, auf der Grundlage der traditionellen Bindung der Gewerkschaftsführung diese zum zeitweisen Stillhalten zu bewegen, dann könnte die geplante Anpassungspolitik an das "wirtschaftlich Machbare" mit größerem Erfolg gelingen als es einer Kohl-Strauß-Regierung möglich wäre. Daher die freundlich-optimistische Reaktion des Kapitals .

Es ist jedoch abzusehen, daß die Reibungen und Konflikte auch die Regierungszeit Schmidts nicht verschonen werden. Schon in der Regierungserklärung Schmidts ist die Strategie deutlich, Konflikte – da sie wegen der ökonomischen Verhältnisse nicht lösbar sind – zu kaschieren oder in Bereiche zu verlagern, wo man sie für weniger gefährlich hält. Die Konfliktreduzierung an der Tariffrent durch geringfügige Steuersenkung will man erkaufen mit verschärften Konflikten im Hochschulbereich und im Berufsausbildungssektor, weil man glaubt, diese Konflikte mit staatlichen Machtmitteln leicht unterdrücken zu können.

Aber es ist abzusehen, daß selbst die geplante Befriedung an der Tariffrent nicht mit der "Steuerreform" und eventuellen Stillhalteabkommen mit den Gewerkschaftsführungen allein gelingen wird. Denn die Gesamtlage der Arbeiterklasse ist gegenwärtig durch steigende Arbeitsplatzunsicherheit ("Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos"), härteren Druck des Kapitals auf die Gewerkschaften in Richtung "maßvoller" Lohnpolitik und nicht zuletzt weiterer Arbeitsintensivierung gekennzeichnet. Es ist offenbar geworden, daß in dieser Phase kapitalistischer Entwicklung Profite und Profitrate nur noch gesteigert oder erhalten werden können, indem die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse angegriffen und einem noch stärkeren Druck seitens des Kapitals unterworfen werden. Die Zeiten, in den hohe Profitraten, schnelle Akkumulation und ständige

Verbesserung des Lebensstandards vereinbar waren, sind jedenfalls vorbei. Lohnsteigerungen können jetzt nur noch durch energische Kämpfe erreicht werden. Auch die Gewerkschaften sind gezwungen, auf diese neuen Verhältnisse einzugehen und Antworten zu finden. Die Forderung nach einer in den Tarifverträgen zu verankernden "Humanisierung der Arbeitsbedingungen" ist ein Ausdruck dieser Entwicklung, wenn auch damit häufig der Versuch verbunden ist, den Verzicht auf kämpferische Lohnauseinandersetzungen mit einer Verschiebung der tarifpolitischen Front zu bemänteln.

III.

Wenn aber der Spielraum für Reformen eingeengt ist, dann ist eine Befriedung der Massen durch die integrative Kraft beinahe selbstverständlicher Verbesserungen des Lebensstandards im bisherigen Ausmaß nicht mehr möglich. So muß auch mit einer weiteren Verschärfung der autoritär-technokratischen Tendenzen gerechnet werden, die soziale Integration durch staatliche Repression erzwingen sollen. Welche Ebenen und Methoden die politische Repression mittlerweile umschließt, wird an folgender Aufzählung deutlich, die klarlegt, daß es schon längst nicht mehr nur um den "Radikalenerlaß" und das Berufsverbot geht. Denn zur Methode des Berufsverbots im öffentlichen Dienst ist das Ausbildungsverbot für Referendare nach dem ersten Staatsexamen getreten, wie die "Einstellungsgespräche" mit Lehramtskandidaten in Westberlin zeigen. Eine andere um sich greifende Methode ist die gezielte Verwendung schwarzer Personalakten, in denen mißliebige Personen geführt und mit denen sie unter Druck gesetzt werden, ohne auch nur die geringste juristische Handhabe dagegen zu haben. Vorstrafen, auch wenn sie getilgt sind, oder infolge der allgemeinen Amnestie 1969 eingestellte Ermittlungsverfahren werden wieder hervorgeholt und verwendet, um die rechtliche Position der Betroffenen zu verschlechtern (diese haben dann keine Möglichkeit, sich vor ordentlichen Gerichten zu entlasten). Auch der Ausschluß aus den Gewerkschaften auf Grund der Abgrenzungserlasse ist eine politische Disziplinierung, da auf diese Weise den betroffenen Kollegen der gewerkschaftliche Schutz genommen wird, auf den sie angewiesen sind, zumal häufig damit auch die Kündigung der Arbeitsstelle aus politischen Gründen verbunden ist. Die Begründung der Unternehmen laut dem auch vor den Arbeitsgerichten: Was der Staat als "Arbeitgeber" mit dem Ministerpräsidentenerlaß beschlossen hat und anwendet und was die Gewerkschaften mit ihren hauseigenen Radikalenerlassen praktizieren, nämlich "Radikale" zu verdrängen, darf dem einzelnen Unternehmer nicht verwehrt werden. — Die Methoden der Repression ließen sich noch weiter aufzählen: vom reaktionären Ausländergesetz bis zu politischen Kündigungen mit dem Argument angeblich mangelnder fachlicher Qualifikationen. Aber diese Aufzählung zeigt bereits, welche Ausmaße die politische Repression bereits eingenommen hat und wie breit daher auch die notwendigen Kampagnen gegen diese Übergriffe staatlicher Gewalt angelegt sein müssen. Sie müssen jedenfalls, um wirksam zu sein, den Rahmen parteibegrenzter Solidarität sprengen.

IV.

Gegen diese Politik noch stärkerer Ausrichtung an den Interessen des Kapitals und der politischen Repression aller sozialistischen und kommunistischen Ansätze ist innerhalb der SPD kein wirkungsvoller Widerstand zu erwarten. Versuche, die Linke in der SPD durch Konzessionen zu integrieren, werden nicht mehr gemacht. Dadurch wird ein zusätzlicher Anpassungsdruck erzeugt. So wird die gegenwärtige Parteilinke gespalten in die opportunistischen Elemente, die dem zusätzlichen Druck ein weiteres Mal nachgeben und in andere, die wahrscheinlich die Partei verlassen müssen. Wie gut diese Politik bislang funktioniert, zeigt auch das Stillhalten der Juso-Führung. Deutlicher als bisher zeigt sich, daß jede Strategie verfehlt ist, die es für möglich hält, innerhalb der SPD sozialistische Politik zu entwickeln. Sozialistische Positionen lassen sich — dies bestätigt die jüngste Entwicklung — nur außerhalb und unabhängig von der SPD aufbauen.

Deutlicher als bisher zeigt sich auch, daß in der bürgerlichen Gesellschaft keine grundlegenden Veränderungen im Sinne der Arbeiterklasse durch den Staat oder eine "reformorientierte" Regierungspolitik der SPD zu haben sind. Solche Ver-

V.

Daher müssen die Orientierung auf die Strategie der Massenmobilisierung und die sozialistische Gewerkschaftsarbeit verstärkt werden. Zwar konnte sich der DGB-Vorstand nicht genug beeilen, Schmidt seine Ergebenheit zu bekunden. Aber die offene Unternehmerpolitik der Schmidt-Regierung und die Stillhalteversuche der Gewerkschaftsführung werden zu schärferen Konflikten zwischen den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und einer an der Regierung orientierten Gewerkschaftspolitik führen. Ohne die Entwicklung einer politischen Alternative muß allerdings der Prozeß der allmählichen Ablösung relevanter Teile der Arbeiterklasse von der SPD zu weiterer politischer Desorientierung führen, wie sie sich bereits jetzt in persönlicher Frustration, in Fatalismus und Entpolitisierung zeigt.

Die Entwicklung einer sozialistischen Perspektive ist auch die Voraussetzung dafür, daß im Zuge der Verschärfung betrieblicher und gewerkschaftlicher Kämpfe eine politische Organisation der Sozialisten in Westdeutschland sich entwickelt, die fähig wird, Klassenkämpfe mit politischer Zielsetzung zu führen. Dies bedeutet vorerst: Durch öffentliche Argumentation, die sich vor allem an gewerkschaftlich organisierte und an desillusionierte Sozialdemokraten zu wenden hat, sind die Konflikterfahrungen in den Erklärungszusammenhang marxistischer Theorie zu stellen.

Das Sozialistische Büro sieht seine Aufgabe darin, zu diesem Prozeß der Entwicklung einer neuen Klassenorganisation beizutragen. Das Sozialistische Büro hält es aber für falsch, nun zur Gründung einer sozialistischen Partei aufzufordern. Die Entwicklung einer politischen Klassenorganisation kann nicht durch Verkündung vorgefertigter Programme von oben her erfolgen. Sie ist möglich nur dann, wenn sie von der Arbeiterklasse selbst getragen wird. Das Sozialistische Büro kann und wird seine — wenn auch vorläufige — organisatorische Struktur in den Dienst einer solchen Organisation stellen. Durch kontinuierliche Diskussion sind die Perspektiven und Aktionsformen einer künftigen politischen Klassenorganisation so herauszuarbeiten, daß an ihrer Bestimmung alle diejenigen sich beteiligen können, die diese Organisation tragen werden.

Offenbach, 22. Mai 1974

Sozialistisches Büro – Arbeitsausschuß

**BERICHT VON DER
KONSTITUIERENDEN SITZUNG
DES "LINKS"-REDAKTIONSKREISES
AM 6./7. APRIL 1974 IN FRANKFURT**

Im Zuge der Neuorganisation der politischen Arbeit des Sozialistischen Büros trafen sich am 6./7. April 30 von etwa 45 Genossinnen und Genossen, die sich bislang bereit erklärt haben, in einem neu zu bildenden Redaktionskreis von "links" mitzuarbeiten. Hier die wesentlichen Diskussionsergebnisse:

Ausgehend von der allgemeinen Bestimmung der Aufgaben von "links" in den "Anmerkungen zur publizistisch-politischen Funktion von "links" als allgemeinem Organ des Sozialistischen Büros" (abgedruckt im Informationsrundbrief 2, Januar 1974) ergeben sich für den "links"-Redaktionskreis folgende Arbeitsbereiche:

1. Kommentierung aktueller Ereignisse, Versuch einer Einschätzung dieser Ereignisse und deren Auswirkungen auf sozialistische Politik;
2. Darstellung und Analyse von Aktivitäten und deren politischen Begründungen sowohl der mit dem SB kooperierenden Gruppen und Arbeitsfelder als auch von Basisbewegungen, Gruppen und Parteien außerhalb des SB;
3. Initiierung, Strukturierung und Umsetzung einer Diskussion über grundlegende strategisch-politische Probleme.

Um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, muß sich der Redaktionskreis als kontinuierlich arbeitende und diskutierende Gruppe konstituieren, die ihre Ergebnisse in Form von Kommentaren, Stellungnahmen mit möglicherweise kontroversen Standpunkten und Artikeln in "links" publizieren. Dadurch erreicht der Redaktionskreis in zweifacher Hinsicht politische Bedeutung:

- innerhalb der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, in dem er einen politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß in Gang setzt, aufgreift und strukturiert;
- außerhalb der Arbeitsgruppe und des engeren Umfeldes des SB, indem er inhaltliche Positionen der Arbeitsgruppe durch Abdruck in "links" den Ansätzen einer linken Gegenöffentlichkeit zur Kenntnis bringt und sich dadurch an der Diskussion über Aufgaben sozialistischer und kommunistischer Politik beteiligt. Dies bedeutet gleichzeitig eine verstärkte Auseinandersetzung mit anderen politischen Gruppen und Parteien.

Vor dem Hintergrund dieser gemeinsamen Vorstellungen über die allgemeinen Aufgaben des "links"-Redaktionskreises konzentrierte sich die Diskussion auf die Entwicklung von Arbeits- und Themenschwerpunkten, die sowohl als längerfristige Redaktionsplanung wie auch als Liste der vordringlich im Redaktionskreis in allernächster Zukunft zu diskutierender Problemstellungen gedacht sind. Es schälten sich recht bald folgende vier Themenkomplexe heraus:

1. Selbstkritische Analyse der Basisarbeit innerhalb und außerhalb des SB unter den Fragestellungen: Welche politischen Perspektiven und politische Substanz enthalten die Basisbewegungen und wie sieht es mit ihrer politisch-organisatorischen Tragfähigkeit aus? Aufarbeitung der politischen Probleme der Basisgruppen, Projekte, Arbeitsfelder und regionalen sozialistischen Zentren. Analyse der aktuellen Schwierigkeiten von Studenten- und Hochschulpolitik, der Basisbewegungen im Wohnbereich und der Emanzipationsbewegung der Frauen.
2. Konkrete Aufarbeitung der Strategien des Klassegegners in der BRD, des Ausbaus der staatlichen Repressionsorgane, der Politik des Wirtschaftsrates und der Unternehmerverbände, – mögliche Gegenstrategien und Antimilitarismusproblematik.
3. Analyse der aktuellen Lage und der Funktion der Sozialdemokratie, Verhältnis von SB und SPD-Linker, Probleme des politischen Reformismus und das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften.
4. Auseinandersetzung mit den Aktivitäten und Ansprüchen kommunistischer Parteien und politischer Gruppen in der BRD und Westeuropa unter dem Gesichtspunkt der Strategiebildung auf westeuropäischer Ebene. Kritik der DKP-Politik vor dem Hintergrund der weniger dogmatischen Politik von KPF und KPI. Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren politischen Gruppen auf westeuropäischer Ebene.

Da nur durch regelmäßige Treffen die angestrebte kontinuierliche Diskussion der anstehenden Themen möglich ist, wird sich der Redaktionskreis – auf allgemeinen Wunsch der anwesenden Genossen – vorläufig einmal im Monat treffen, wobei der Samstag für die Gruppendiskussion – entsprechend den Arbeitsschwerpunkten und den vorrangigen Themen – vorbehalten sein soll, und der Sonntag zur Vermittlung der Arbeitsergebnisse im Plenum genutzt werden kann.

Für die Protokollführung – gez. Roland Roth

**SOZIALISTISCHE AKTION JUGENDHILFETAG
BERICHT ÜBER DAS VORBEREITUNGSTREFFEN
26. - 28. APRIL 1974 IN HAMBURG**

Seite 7

An dem Vorbereitungstreffen der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag (der Jugendhilfetag findet vom 8. - 11. September 1974 in Hamburg statt) haben ca. 150 Genossinnen und Genossen aus der BRD und Westberlin teilgenommen. Zu Beginn wurde die Entstehung und Zielsetzung der Sozialistischen Aktion zum 5. DJHT dargestellt. Dabei wurde eine erste Einschätzung der politischen Funktion der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) (Harmonisierung der Trägerinteressen im Bereich Jugendhilfe, Erweiterung des bundesministeriellen Handlungsspielraumes, Legitimationsinstrument als Veranstalter von Jugendhilfetag) und der zu erwartenden Auseinandersetzungen mit anderen Teilnehmergruppen auf dem Jugendhilfetag (politische Vorbereitung durch entsendende Träger und stärkere Fraktionierung) vorgenommen. Es wurde aufgezeigt, daß die AGJ auf die wichtigsten Forderungen der Sozialistischen Aktion (vgl. Info Sozialarbeit, Heft 6) nicht eingegangen ist. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß die AGJ unter dem Druck der Argumente der Sozialistischen Aktion an das BMFJG einen weiteren Finanzierungsantrag auf Übernahme der Teilnehmerbeiträge in Höhe von DM 48 000 gestellt hat. Es wird sich zeigen, ob die AGJ diesen Antrag durchsetzen kann oder ob die Antragstellung eine bloße Finte ist. Die Sozialistische Aktion fordert alle Teilnehmer am 5. DJHT auf, keine Teilnehmerbeiträge zu entrichten und dies auf der Anmeldung durch Streichung der Spalte Teilnehmerbeiträge deutlich zu machen (Anmeldekarten anfordern: AGJ, 53 Bonn 1, Haager Weg 44).

Die politische Diskussion des Vorbereitungstreffens konzentrierte sich auf folgende Fragen:

- Mit welchen Perspektiven tritt die Sozialistische Aktion auf dem Jugendhilfetag auf?
- Wie sieht die Verbindung der Sozialistischen Aktion und allgemeiner politischer Kampf aus?
- Was ist fortschrittliche Berufspraxis?
- Wie kann durch gezielte Vorbereitung eine Vermittlung dieser politischen Ziele in den Arbeitsgruppen der Sozialisationsfelder geleistet werden (Anknüpfen an Probleme der Berufspraxis)?

Gearbeitet wurde in vier Arbeitsgruppen entsprechend den Sozialisationsfeldern "Familie", "Außerfamiliäre Erziehung", "Jugendarbeit und Freizeit" und "Ausbildung und Beruf". In den Arbeitsgruppen wurde der unterschiedliche Stand der Vorbereitungen in den einzelnen Regionalgruppen deutlich. In allen Arbeitsgruppen waren jedoch die Diskussionen darauf orientiert,

- die Probleme der Berufspraxis im Zusammenhang mit den Lebensbedingungen der von Sozialarbeit Betroffenen aufzugreifen;
- den scheinbaren Widerspruch zwischen Jugendhilfereform und gleichzeitiger politischer Disziplinierung und Diskriminierung "klientenorientierter" Sozialarbeit zu verdeutlichen;
- die "Notwendigkeit" der Jugendhilfereform zum jetzigen Zeitpunkt und ihre politische Funktion im Verhältnis zum Stand der Klassenauseinandersetzungen im Sozialisationsbereich herauszuarbeiten;
- die Behinderung, aber auch die Ansätze im Jugendhilfegesetz, die eine Anwendung im Interesse der Kinder/Jugendlichen entweder unmöglich machen oder ausgenutzt werden können, herauszuarbeiten;
- die damit im Zusammenhang stehende Notwendigkeit der politischen Organisation zu vermitteln.

Die folgende Plenumsdiskussion konzentrierte sich auf die Frage nach der "fortschrittlichen Berufspraxis" und der Einschätzung der Repression des Staatsapparats. Hinsichtlich der Berufspraxis standen sich im wesentlichen zwei Positionen gegenüber (bei Übereinstimmung, daß es eine revolutionäre Berufspraxis nicht gibt);

- 1) Mehrheitlich wurde die Auffassung vertreten, eine Berufspraxis, die gegebene

rechtliche Möglichkeiten für Betroffene im Hinblick auf deren objektive und subjektive Interessen und Bedürfnisse nutzen und zugleich ihre klassenmäßige Organisierung unterstützen, sei fortschrittlich.

- 2) Diesen Argumenten wurde von einer kleinen Gruppe entgegengehalten, Berufspraxis sei per se keine politische Praxis. Der Sozialarbeiter hätte dagegen seine berufsbornierte Haltung aufzugeben, er hätte eine proletarische Orientierung vorzunehmen und sich in die Volkskämpfe einzuordnen. Die Unterstützungsfunktion der Sozialarbeiter und ihre Beteiligung am Klassenkampf sei Ausfluß ihrer politischen Organisierung und unabhängig von ihren Berufsfunktionen.

Die unterschiedliche Einschätzung "fortschrittlicher Berufspraxis" hat Konsequenzen für die politische Organisierung der Sozialarbeiter und das Vorgehen der Sozialistischen Aktion auf dem Jugendhilfetag:

Eine Bremer Teilnehmergruppe lehnte es ab, die Arbeit politisch auf den Jugendhilfetag zu orientieren, will vielmehr prüfen, welchen Stellenwert die Teilnahme am JHT und der Sozialistischen Aktion für die "gegenwärtigen Stadteilkämpfe" hat. Eine Hamburger Gruppe möchte bei ihrem Auftreten auf dem JHT eine Konfrontation mit dem Veranstalter und dessen Referenten vermeiden und sich allein auf die Agitation der "fortschrittlichen Kräfte" beschränken. So war die Rede von der "politischen Massenlinie", "der Einordnung der Sozialarbeiter in die Volkskämpfe", "der Vermittlung der politischen Perspektive und dem gewerkschaftlichen Kampf" etc. — An der so formulierten Zielsetzung wurde kritisiert, daß die politischen Vermittlungsschritte zu diesen Zielen gegenüber der großen Zahl von Kollegen nicht aufgezeigt wurde, nicht angegeben wurde, wie die Auseinandersetzungen im Berufsbereich zu führen sind und wie in den Gewerkschaften gearbeitet werden soll.

Die Mehrheit der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen (Gruppen und einzelne, die am Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro bzw. der Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf" orientiert sind) war im Gegensatz zu diesen Bremer/Hamburger Vorstellungen der Auffassung, daß eine politische Organisierung nicht erreicht wird durch eine vom Beruf losgelöste Orientierung auf eine ihnen äußerlich bleibende "politische Massenlinie". Durch Aufgreifen der Probleme und der Konflikte in der Berufspraxis soll die Auseinandersetzung und Überzeugungsarbeit hinsichtlich der auf "demokratischen Positionen" stehenden Sozialarbeiter und Sozialpädagogen geleistet werden. Der Konfrontation mit den Auffassungen der Trägerverbände der Jugendhilfe wird nicht ausgewichen, die Auseinandersetzung macht sich aber fest an den inhaltlichen Fragen, und dort werden wir klar unsere Position vertreten. Das Auftreten allerdings von Referenten, die z.B. das "Berufsverbot" aktiv unterstützen (wie z.B. der Hamburger Schulsenator Apel) wird als Provokation des Veranstalters gewertet, auf die die Sozialistische Aktion reagieren wird.

Im weiteren Verlauf wurde noch einmal die Bedeutung des Teilnehmerkreises für die Sozialistische Aktion diskutiert, wobei wir davon ausgingen, daß die Fraktionierung innerhalb der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen gegenüber dem 4. DJHT in Nürnberg fortgeschritten ist, sowie die Stoßrichtung der Sozialistischen Aktion. Dabei stehen folgende drei Punkte im Vordergrund:

- Auflösung der Reformillusionen anhand von konkretem Material;
- Diskussion der politischen Disziplinierungen;
- Diskussion der möglichen Handlungsperspektiven.

Um diese Ziele umzusetzen, müssen wir unsere bisherigen Praxiserfahrungen einbringen, an den Erfahrungen der Kollegen ansetzen, die Berufssituation in den einzelnen Bereichen aufarbeiten, die Konflikte so thematisieren, daß sowohl die Funktion von Sozialarbeit, das Eingreifen der Verbände/des Staates, wie auch mögliche Handlungsperspektiven diskutiert werden können. Dabei ist es ebenso notwendig, das neue Jugendhilferecht sehr genau zu analysieren und dies nicht isoliert zu sehen von der Situation der Kinder/Jugendlichen.

Die AGJ — dies ist ja auch im "Offenen Brief der AGJ" deutlich geworden. — wird versuchen, die Fragen zu den Disziplinierungen und den Berufsverboten so weit wie möglich zu unterschlagen bzw. sie eventuell nur auf eine Arbeits-

gruppe zu beschränken. Übergreifendes Thema muß daher in allen Arbeitsgruppen die Frage sein: Warum werden Sozialarbeiter, die sich für die Interessen der von Sozialarbeit Betroffenen einsetzen, diszipliniert oder sogar mit Berufsverboten belegt?

Unter dem Punkt "Handlungsperspektiven" sollen die Möglichkeiten "alternativer Praxis" mit ihren Konsequenzen für die gewerkschaftliche und politische Organisierung diskutiert werden. Diese Diskussion wird nicht losgelöst von der Berufspraxis geführt, sondern im Zusammenhang mit den konkreten Problemen dieser Praxis, z.B. ausgehend von der Frage: Wie verhalten wir uns gegenüber den subjektiven und objektiven Interessen der Jugendlichen, in welcher Form nehmen wir sie auf, welche Konsequenzen ziehen wir daraus etc.?

Mit einer Reihe von konkreten Aufträgen (Gesamtprotokoll vom Vorbereitungstreffen; Überarbeitung der Vorbereitungspapiere für den Info Sozialarbeit Heft 7; Finanzierung, Organisierung von Fahrt- und Übernachtungsmöglichkeiten zum Jugendhilfetag etc.) an die bisherigen 14 regionalen Vorbereitungsgruppen wurde das Vorbereitungstreffen der Sozialistischen Aktion beendet. Der Schwerpunkt der kommenden Arbeit wird in der regionalen Vorbereitung liegen, — insbesondere sollen die Diskussionen in die Dienststellen, Ausbildungsstätten und Gewerkschaftsgruppen hineingetragen werden, mit dem Ziel einer frühzeitigen Mobilisierung zum Jugendhilfetag. Weiterhin sollen Konfliktfälle aus dem Sozialbereich gesammelt und an die Kontaktadresse gesandt werden, damit aus dem Material eine Dokumentation für den Jugendhilfetag zusammengestellt werden kann. Das nächste Vorbereitungstreffen wird wahrscheinlich erst kurz vor dem Jugendhilfetag (6./7. September) stattfinden können.

Kontaktadresse: Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

SOZIALISTISCHER LEHRERBUND

Die überregionale Mitgliederversammlung des SLB vom 15./16. 12. 1973 in Frankfurt (vgl. Bericht in SLB-Info 16 bzw. im Informationsrundbrief des SB Ausgabe 3) hat — was den SLB betrifft — beschlossen, vorläufig bis zur Wahl eines eigenen "Exekutivorgans" des SLB auf Bundesebene, die SLB-Gruppe Frankfurt sowie die überregional zusammengesetzte Info-Redaktion damit zu beauftragen, den weiteren Ausbau der langsam voranschreitenden SLB-Gruppenbildung zu betreuen. Als ersten wichtigen Schritt zur Intensivierung der überregionalen SLB-Arbeit haben SLB Frankfurt und Sozialistisches Büro den Genossen Michael Schwelien beauftragt, hauptamtlich (zunächst an einem Tag in der Woche) die SLB-Angelegenheiten überregional zu betreuen. Da es im SB in Offenbach allmählich zu eng wird, wird in der zweiten Etage des Frankfurter Club Voltaire ein Sozialistisches Regionalbüro Hessen, verbunden mit dem SLB-Büro und dem Büro für das Arbeitsfeld Sozialarbeit, eingerichtet. Da das Büro in Frankfurt nicht ständig besetzt ist, bleibt die Postadresse Sozialistischer Lehrerbund im Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Die Büroadresse lautet SLB, 6 Frankfurt, Kleine Hochstr. 5, Telefon 0611/285281. SLB-Bürozeit ist Dienstag und Donnerstag, 13 — 19 Uhr. In dringenden Fällen, zu Zeiten wo das Büro nicht besetzt ist, stehen außerdem als Kontaktadressen zur Verfügung: Uli Westphal, 6 Frankfurt, Gerhart-Hauptmann-Ring 390, Telefon 0611/579266 und Heiner Nietzsche, 6451 Bruchköbel, Im Schlitzboden 4, Telefon 06181/72517.

Inzwischen ist der SLB-Info 17 erschienen (64 Seiten, DM 3,-). Das Schwerpunktthema dieses Info ist die Hauptschule. — Am 4./5. Mai tagte die gesamte Info-Redaktion in Oberursel. Darüber wird ein ausführliches Protokoll im Info 18 erscheinen. Wichtigstes Ergebnis der Info-Redaktionssitzung ist die Entscheidung, daß der Info sich mehr als bisher auf die Probleme der politischen Organisierung der Lehrer konzentrieren (SLB-Arbeit, GEW, Sozialistisches Büro, Erfahrungen der Gruppen an den Schulen usw.) und möglichst sechsmal im Jahr (dafür aber nicht so umfangreich) erscheinen soll. Die Reihe Roter Pauker soll sich erweitern

— neben Unterrichtsmaterialien — auf solche Schwerpunktthemen, die bisher im Info behandelt wurden. Als nächste Schwerpunktthemen sollen RRP-Hefte vorbereitet werden zu Referendarausbildung — Sekundarstufe II — Ausländische Kinder. — In Vorbereitung ist das Heft 10 der Reihe Roter Pauker mit Materialien zur Unterrichtspraxis zum Thema Arbeiterliteratur.

Als nächste überregionale Aktivitäten veranstaltet(e) der SLB am 18./19.5.1974 ein Seminar zur GEW-Politik und am 5./6.10.1974 eine überregionale Mitgliederversammlung. Um die Verbindung zu den Mitgliedern und Gruppen auch zwischen den Tagungen und Infos auszubauen, erscheinen in loser Folge Rundbriefe an die SLB-Mitglieder. Außerdem soll der Kontakt der Frankfurter Gruppe und des SLB-Büros zu den anderen SLB-Gruppen verstärkt werden.

ARBEITSFELD GESUNDHEITSWESEN

Nach der ersten Arbeitstagung für ein Arbeitsfeld Gesundheitswesen im Sozialistischen Büro (siehe Bericht im Informationsrundbrief 4) fand am 11./12. Mai 1974 in Offenbach die erste Redaktionssitzung des Info Gesundheitswesen statt, bei der die Nummer 1 des Informationsdienstes redaktionell fertiggestellt und das nächste Treffen des Arbeitsfeldes vorbereitet wurde.

Die erste (noch vorläufige) Ausgabe des Informationsdienstes Gesundheitswesen liegt inzwischen vor (64 Seiten, DM 3,-). Dieser Info soll einer ersten Bestandsaufnahme der bisherigen theoretischen und praktischen Aktivitäten dienen. Er bringt:

- Arbeitsberichte von Uni-Gruppen aus Marburg, Frankfurt, Münster und Mainz;
- einen Praxisbericht aus München der "Sozialmediziner Hasenberg" (Stadtteilarbeit);
- einen Beitrag eines Berliner Genossen zur Strategie im Gesundheitswesen;
- Einschätzung und Konsequenzen aus der ÖTV-Tarifrunde im Gesundheitswesen in Westberlin;
- Briefe und Kurzberichte aus Erlangen, Essen, Würzburg, Papenburg und München;
- Aufruf zur Bildung einer Projektgruppe Arbeitsmedizin.

Das nächste Treffen des Arbeitsfeldes Gesundheitswesen im Sozialistischen Büro findet am Wochenende 22./23. Juni 1974 in Marburg statt. Als Thema schlägt das Redaktionskollektiv vor: Ansätze politischer Praxis in der stationären Versorgung. Wir erhoffen uns mit diesem Thema bei den Genossen die größte Resonanz, — es wird in einer Reihe der Beiträge des Infos angesprochen, in den Berichten der Gruppen wurde vielfach das Krankenhaus als politischer Arbeitsbereich genannt, und für alle Studenten ist es zumindest ein vorläufiges Tätigkeitsfeld (nähere Informationen zum nächsten Treffen siehe Info Gesundheitswesen, Heft 1).

GEGEN REPRESSION UND BERUFSVERBOT

In jüngster Zeit ist in fast allen Bereichen der BRD-Gesellschaft eine Verschärfung der Repressionsmaßnahmen gegen Linke festzustellen. In der aktuellen Erklärung des Arbeitsausschusses stellen wir diese Entwicklung in ihrem Erklärungszusammenhang dar (siehe Abschnitt III, Seite 4). Zwar gibt es überall örtlich, wo Fälle von Berufsverbot etc. auftreten, Aktionen dagegen, aber diese werden zur Zeit nicht zu einer übergreifenden Kampagne der Linken zusammengefaßt. Das SB will dazu beitragen, eine zentrale Kampagne gegen Repression und Berufsverbot wieder in Gang zu bringen. Diese muß jetzt publizistisch vorbereitet werden. Deshalb sollen "links", "express" und die verschiedenen arbeitsfeldbezogenen Infos des SB die aktuellen Fälle stärker aufgreifen und auch eine neue zusammenfassende Broschüre gegen das Berufsverbot etc. vorbereitet werden. Wir rufen auf, über alle Fälle und die linken Gegenaktionen dazu, Informationen an das Sozialistische Büro zu schicken. Sozialistisches Büro — Arbeitsausschuß

Presserechtlich verantwortlich: Klaus Vack Offenbach; Druck: A.W. Dunker Frankfurt